ESSAY

Masse der Mittelmäßigen

Die Rückkehr zur neunjährigen Schuldauer wird die Gymnasien schwächen.

Von Jan Friedmann

Die vergangenen Wochen waren für die Gegner des Turbo-Abiturs reine Erfolgswochen. Gleich in mehreren Bundesländern wollen die Landesregierungen die ungeliebte G8-Reform wieder zurückdrehen. Niedersachsen kündigte einen Kurswechsel hin zu G9 an. Hessen, wo bereits Wahlfreiheit herrscht, wird bestehenden G8-Klassen der Stufen fünf bis sieben die Abkehr ermöglichen. In Bayern denkt die CSU über eine längere Schuldauer nach, gleichzeitig reichten die Freien Wähler mehr als 25 000 Unterschriften für ein Volksbegehren ein. Und in Hamburg, wo die SPD noch an acht Jahren festhält, bekommt die Volksinitiative „G9-jetzt!“ mehr Zeit zum Stimmensammeln – was ihre Erfolgschancen erhöht.

LINDENTHALER / IMAGO

Protest gegen G8 in München

Durch die verlängerte Schulzeit könnte sich das Gymnasium, der einstige Stolz des Bildungsbürgertums, zu Tode siegen.

Angesichts dieser Ankündigungen ging eine Zahl etwas unter, die das Statistische Bundesamt Ende Februar meldete: 370 000 Schülerinnen und Schüler haben in Deutschland im vergangenen Jahr das Abitur abgelegt, so viele wie noch nie.

Der Trend zurück zum neun Jahre dauernden Gymnasium und die Zahl der Gymnasiasten hängen zusammen. Denn G9 verstärkt zusätzlich den Ansturm auf die Gymnasien, weil der Leistungsdruck dort abnimmt. Das wird die begehrte Schulform wohl bald an die Grenze ihrer Kapazitäten bringen.

Die Eltern wünschen sich, dass ihre Kinder mehr Zeit haben, damit sie neben der Schule Sport treiben oder im Orchester spielen können. So berechtigt dieser Wunsch für den Einzelnen auch sein mag, so schädlich ist er für das Schulsystem insgesamt. Denn durch die verlängerte Schulzeit könnte sich das Gymnasium, der einstige Stolz des Bildungsbürgertums, endgültig zu Tode siegen.

Mit der Rücknahme des von vielen als zu straff empfundenen achtjährigen Bildungsgangs verschwindet auch der letzte Anreiz für die Familien, ihre Kinder auf eine andere weiterführende Schulform zu schicken. Früher gab es vielerorts verbindliche Empfehlungen der Lehrer nach der Grundschule. Doch bis auf Ausnahmen haben die Bundesländer diese verpflichtende Übergangsempfehlung abgeschafft. Die Eltern entscheiden. Und sie wählen mit Vorliebe das Gymnasium.

Im einst restriktiven Baden-Württemberg wechselten zu Beginn des Schuljahrs knapp 45 Prozent der Viertklässler aufs Gymnasium, verglichen etwa mit rund 32 Prozent im Jahr 1996. In der Universitätsstadt Heidelberg waren es sogar zwei Drittel, gerade zwei Prozent der Eltern wählten die Haupt- oder Werkrealschule. Der Ansturm geht häufig zu Lasten des zweiten weiterführenden Schultyps, der je nach Bundesland etwa Gemeinschafts-, Stadtteil- oder Regionalschule heißt. Diesen Schulen droht das Schicksal der Hauptschule, die mangels Popularität allmählich den Betrieb einstellen muss. Die neue Haupt-Schule ist das Gymnasium.

Die Politik hat bisher wenig getan, um dieser Entwicklung entgegenzuwirken, im Gegenteil. Vertreter aller Parteien fordern, mehr Abiturienten und mehr Akademiker zu produzieren, angeblich zum Wohl der Nation. Im Koalitionsvertrag der grün-roten Landesregierung in Baden-Württemberg steht etwa: „Wir streben an, dass mittelfristig mindestens 50 Prozent eines Altersjahrgangs im Lauf ihres Lebens ein Hochschulstudium abschließen.“ Gerade hat die oppositionelle CDU im Ländle angekündigt, im Falle eines Wahlsiegs die verbindliche Übergangsempfehlung nicht wieder einzuführen – den Konflikt mit den kampfbereiten Eltern scheuen alle Parteien.

Als Folge dieses Kuschelkurses wird das Niveau am Gymnasium sinken, die Lernbedingungen werden sich verschlechtern, obwohl die Kinder mehr Zeit haben. Denn auch wenn es nur wenige offen aussprechen: Bereits heute sitzen in den Gymnasien viele Schüler, die dort überfordert sind. Diese Gruppe muss nicht deckungsgleich sein mit jenen, die über zu viel Stress durch G8 klagen. Aber es gibt Schnittmengen.

An manchen Hamburger Gymnasien sind mehr als die Hälfte der Schüler gegen das Votum der Grundschullehrer auf diese Schulform geschickt worden. Und es sind genau diese Schulen mit vielen Nichtempfohlenen, die im Schnitt beim Abitur schlecht abschneiden. Die fehlende Eignung lässt sich nicht ausgleichen, auch nicht mit dem sogenannten individualisierten Unterricht, der angeblich jeden Schüler auf seinem Leistungsstand abholt.

Das Gymnasium schöpft seinen Ruf aus der Tatsache, dass es eine Leistungsschule ist. „Das Gymnasium vermittelt eine vertiefte Bildung und sichert die allgemeine Studierfähigkeit für leistungsfähige und leistungsbereite Schülerinnen und Schüler.“ So definiert die Bundesdirektorenkonferenz Gymnasien die Funktion der Schulform. Dies darf inzwischen als Wunschbild gelten.

Das real existierende Gymnasium wird durch die Masse der Mittelmäßigen geprägt. „Die meisten Gymnasiasten in Deutschland sind nur mittelmäßig begabt und intellektuell nicht ganz auf der Höhe“, kritisiert die Lernforscherin Elsbeth Stern von der ETH Zürich. „Sie können nicht so gut logisch denken oder sich in abstrakte Themen einarbeiten.“ Das ergebe sich „zwangsläufig aus der Normalverteilung der Intelligenz“.

15 Prozent überdurchschnittlich, 70 Prozent in der Nähe des Mittelwerts, 15 Prozent unterdurchschnittlich, so verteile sich die Intelligenz in der Bevölkerung. Und auch wenn diese Quoten nicht als Blaupause für ein dreigliedriges Schulsystem dienen dürfen, drängt sich die Frage auf, ob die besten 15 Prozent noch eine Heimat am Gymnasium finden. So diagnostizierten die Pisa-Forscher Deutschland jüngst „Handlungsbedarf im oberen Leistungsbereich“. Erfolgreiche Länder wie Korea, Japan oder Neuseeland seien bei den Spitzenleistungen weit voraus, heißt es im aktuellen Pisa-Bericht.

Einige G9-Fans argumentieren, das zusätzliche Jahr biete die Chance, sich um die vernachlässigte Spitze zu kümmern, etwa in speziellen Kursen oder mit zusätzlichen Aufgaben. Doch die Lehrerinnen und Lehrer werden kaum dazu kommen. Sie müssen erst mit der potentiell schwierigeren Klientel fertig werden, die nun an die Gymnasien drängt. Auf manche dieser Kinder sind die Schulen nicht eingerichtet – Sozialarbeiter oder Sprachkurse teilen die Bildungspolitiker vor allem den anderen Schultypen zu. Die Lernstarken drohen sich am Gymnasium zu langweilen, statt acht nun neun Jahre lang.

Forscher wie Stern empfehlen eine Gymnasialquote von 20 bis 25 Prozent, „wenn man das Gymnasium als Vorbereitung auf ein Studium versteht“. Wer solche Zahlen in die deutsche Bildungsdiskussion wirft, gilt schnell als elitär. Ganz so, als wäre es sozial gerecht, jeden möglichst lange durchzuschleppen. Das Scheitern an den Anforderungen wird dadurch nur möglichst weit nach hinten in die Bildungskarriere verlegt. An die Universität etwa, wo derzeit jeder dritte Bachelor-Student sein Studium abbricht.

Elitär ist etwas anderes: die von der Politik genährte und von den Eltern aufgesogene Rhetorik, dass nur das Abitur und ein akademischer Abschluss eine gelungene Bildungsbiografie krönen könnten. Ganz so, als wären der Handwerker oder die Kauffrau intellektuell nur halbe Menschen. An diesem fatalen Grundtenor ändert auch die aktuelle Kampagne der Bundesforschungsministerin für mehr Lehrlinge nichts.

Die Propaganda für mehr Akademiker zeigt Wirkung: 33 000 Lehrstellen blieben in Deutschland laut dem jüngsten Berufsbildungsbericht unbesetzt. Stattdessen, kritisiert die Industrie- und Handelskammer Stuttgart, werde der Nachwuchs an die Gymnasien getrieben. „Nicht wenige Schüler werden es an den Gymnasien nicht schaffen“, sagt der Stuttgarter IHK-Hauptgeschäftsführer Andreas Richter. „Ihr Lebensweg wäre ohne den Druck zum Abitur und mit einer beruflichen Ausbildung erfolgreicher verlaufen.“

Volkswirtschaftlich bürgen viele Gymnasiasten nicht unbedingt für Erfolg, das zeigt der Blick ins Ausland. „Je höher die Abiturientenquote, desto höher die Jugendarbeitslosigkeit“, sagt sogar der Düsseldorfer Bildungsforscher Rainer Bölling, der einige Mittelmeerländer genauer untersucht hat. Frankreich etwa profitiere nicht davon, dass rund vier Fünftel der Schüler dort das Baccalauréat, das französische Abitur, ablegen. Ähnlich sieht es in Italien, Spanien und Griechenland aus, wo jeweils zwei Drittel eines Altersjahrgangs die Hochschulreife erwerben, die ihnen aber nichts nützt. Denn der Abschluss ist unspezifisch, er bringt die Abiturienten nicht mit der Berufswelt in Kontakt, er ist ein Jedermannsdiplom. Viele dieser wirtschaftlich schwächeren Länder schauen deshalb mit Neid auf die deutsche Berufsausbildung, jenes Modell, das die Bildungspolitik durch ihre Akademikerfixierung zunehmend von innen aushöhlt.

ULRICH BAUMGARTEN / VARIO IMAGES

Auszubildende in Ludwigsfelde

Die Propaganda für mehr Akademiker zeigt Wirkung: 33 000 Lehrstellen blieben in Deutschland unbesetzt.

Als Gegenpart zu den zertifikategläubigen Krisenländern kann die Schweiz dienen – ein Land mit erfolgreichen Unternehmen und einigen weltweit angesehenen Universitäten. Dort kommen zwei Drittel der jungen Leute über eine Berufsausbildung in den Job, die Abiturientenquote liegt bei nur 20 Prozent. Am höchsten ist sie im Tessin – ausgerechnet in dem Kanton, in dem besonders viele Jugendliche arbeitslos sind.

Das achtjährige Abitur hätte die Chance geboten, die Bundesrepublik auf den Schweizer Pfad zu bringen und sie vor der Abiturienteninflation zu bewahren. Und zwar durch ein zweigliedriges Schulsystem, wie es einige Bundesländer bereits eingeführt hatten: Das Gymnasium führt in acht Jahren zum Abitur, wer länger Zeit braucht, geht an die zweite Schulform. Dort kann er das Abitur machen oder aber sein Herz für einen Ausbildungsberuf entdecken, was hochwillkommen wäre.

Dass eine anfängliche Entscheidung gegen das Gymnasium auf lange Sicht nicht von Nachteil sein muss, haben gerade Wissenschaftler des Bonner Forschungsinstituts zur Zukunft der Arbeit errechnet. Sie fanden heraus, dass gute Realschüler später ähnlich viel verdienen wie Gymnasiasten. Das deutsche Schulsystem sei außerdem relativ durchlässig nach oben, etwa über das Fachabitur. Künftig werden noch mehr Grundschulabgänger gleich aufs Gymnasium wechseln. Dadurch sind zwangsläufig jene Schulen weniger nachgefragt, die die Kinder auf alternativen Wegen zum Abitur führen können. ◆